

## Niederschrift

### zur Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 14.01.2015	18:30- 20:20 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### **SPD-Fraktion**

Sebastian Rausch ,

##### **Fraktion DIE LINKE.**

Rene Benz für Herrn Martin Gollmer, Gerold Sachse ,

##### **CDU-Fraktion**

Jens Hoffrichter , Uwe Koch ,

##### **Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)**

Thomas Fischer , Matthias Rudolph ,

##### **SPD-Fraktion**

Stefan Sarrach ,

##### **FDP-Fraktion**

Eberhard Henkel für Herrn Reinhard Ksink,

##### **Bündnis 90/Die Grünen**

Peter-Frank Apitz ,

##### **Verwaltung**

Andrea Arnold , Dr. Eckhard Fehse , Barbara Scharf ,

##### **Abwesend**

##### **Alternative für Deutschland (AfD)**

Ulrich Anke ,

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Rausch eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der Anwesenden.

#### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder werden festgestellt.

Herr Benz (Fraktion DIE LINKE) vertritt Herrn Gollmer und Herr Henkel (FDP – Fraktion) Herrn Ksink.

Herr Anke (AfD) ist nicht anwesend.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Herr Rudolph stellt den Antrag, einen Tagesordnungspunkt zum „aktuellen Stand der Klage Stadt – Erste Abwicklungsgesellschaft (ehemals WestLB)“ mit aufzunehmen. In diesem Zusammenhang hat Herr Rudolph ein Fragenkatalog über den Ausschussvorsitzenden an die Verwaltung eingereicht. Die Beantwortung sollte in dieser Sitzung erfolgen.

Aufgrund der Kurzfristigkeit war die Verwaltung nicht in der Lage, die Beantwortung zur Sitzung vorzulegen. Herr Sachse äußert den Wunsch, allen Ausschussmitgliedern dieses Papier zur Verfügung zu stellen.

Nach anschließender Diskussion um die Erweiterung der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, „die Verständigung zum Umgang mit dem Verfahrensablauf der Klage gegen die WestLB“ im TOP 7 – Informationen der Verwaltung – zu behandeln. Nachdem Herr Rausch seinen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Finanzierung des Frühlingfestes 2014“ zurück genommen hat, wurde der vorliegenden Tagesordnung einstimmig zugestimmt.

### **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.12.14**

Nachfolgende Änderungen an der Niederschrift der Sitzung vom 02.12.14 TOP 6.1 werden vorgenommen:

- Zusätzlich: Wenn der Kurs EURO – CHF unter 1,20 fällt, dann ist über das weitere Verfahren im Rechnungsprüfungsausschuss zu beraten.

- Im 7. Satz – 11. Zeile ist das Wort „Abwertung“ in „Aufwertung“ zu ändern und die Worte „Schweizer Bank“ zu streichen.

Herr Rudolph weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Verwaltung nicht, wie es auf der letzten Sitzung versprochen, auf der STVV –Sitzung am 11.12.14 über das Ergebnis der Ausschreibung zur Weiterführung des Kassenkredites in CHF informiert hat.

Über die Niederschrift einschließlich der Änderungen wird abgestimmt.

Zustimmungen: 5 Enthaltungen: 5

Damit ist die Niederschrift angenommen.

### **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Ausschussvorsitzende hat keine weiteren Informationen.

## **TOP 6     Stand des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2015**

Herr Dr. Fehse informiert über den Stand der Haushaltsplanung zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Er berichtet, dass die Aufstellung des Haushaltsplanes 2015 wiederum unter schwierigen Bedingungen erfolgen musste. Zum Einen verzögerten sich die Informationen hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen und anderer Eckpunkte aufgrund der erst vollzogenen neuen Landesregierungsbildung und zum Anderen wurde von den Bürgermeistern des Landkreises Einspruch bezüglich der beabsichtigten Höhe der Kreisumlage eingelegt. Eine eventuelle Senkung wird schon im Planentwurf berücksichtigt.

Nach zwei Planungsrunden mit den Produktverantwortlichen, Fachgruppen- und Fachbereichsleitern schließt der Ergebnishaushalt im ordentlichen Jahresergebnis immer noch mit einem Fehlbetrag von 316 TEUR ab.

Der Finanzhaushaltsplan weist eine Finanzierungslücke bei den Investitionen von 750 TEUR aus.

Ist das Jahresergebnis nicht gemäß § 63 Abs. 4 und 5 ausgeglichen, muss ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet werden.

Herr Dr. Fehse weist darauf hin, dass er als Kämmerer gemäß § 67 der KomVerf Bbg für den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes verantwortlich ist und diesen zur Feststellung dem Bürgermeister vorlegt. Dieser wiederum leitet ihn zur Beratung in den Fraktionen und Ausschüssen den Stadtverordneten zu.

Frau Arnold erläutert noch einmal detailliert das Planungsverfahren. Von einem ursprünglichen Fehlbetrag von 1,8 MioEUR sind jetzt noch 316 TEUR im ordentlichen Ergebnis übrig geblieben, was eine Menge Kraft und Zeit bei der Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen gekostet hat.

Herr Fischer bemerkt, dass er als Abgeordneter auch schon in den Vorrunden der Planentwurfsaufstellung einbezogen bzw. über die Ergebnisse der einzelnen Runden unterrichtet werden möchte, auch um Kenntnis von den Schwierigkeiten der Verwaltung zu erhalten.

Ein großer Teil der Ausschussmitglieder (Herr Sarrach, Herr Hoffrichter, Herr Apitz, Herr Koch) ist der Meinung, dass das Planungsverfahren, so wie es bis jetzt durchgeführt wurde, genügend Spielraum für die Mitsprache der Abgeordneten zulässt.

Herr Fischer stellt daraufhin die Frage: Welche Einflussmöglichkeiten hat hierbei noch der Rechnungsprüfungsausschuss?

Herr Dr. Fehse weist darauf hin, dass z.B. die detaillierte Ausgestaltung des § 5 der Haushaltssatzung (u.a. die Festlegung von Wertgrenzen für über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen) nochmals vom Ausschuss geprüft werden sollte. Die mit dem Entwurf für 2014 von der Verwaltung eingebrachten Vorschläge wurden von den Abgeordneten damals abgelehnt. Dies wurde von der Rechnungsprüfung beanstandet.

Die Verwaltung wird dem Protokoll den damaligen Entwurf und den beschlossenen § 5 der Haushaltssatzung der Niederschrift beilegen (ist Bestandteil des Haushaltsplanentwurfes).

## **TOP 7     Informationen der Verwaltung**

Wie festgelegt informiert Herr Dr. Fehse über den bisherigen Ablauf des Klageverfahrens gegen die Erste Abwicklungsanstalt (WestLB).

Auf der Grundlage eines Gutachtens sowie des Beschlusses 5/589 vom 26.09.2013 wur-

de die Kanzlei Rössner Rechtsanwälte beauftragt sowohl außergerichtliche Vergleichsverhandlungen als auch Klage beim Landgericht Düsseldorf zur Feststellung der Nichtigkeit von vier mit der WestLB abgeschlossenen Swapverträgen zu erheben.

Im April 2014 wurde beim Landgericht Düsseldorf Klage eingereicht.

Nach der Erwidern der Ersten Abwicklungsanstalt auf die Anklagepunkte eröffnete das Gericht den Prozess. Die erste Verhandlung sollte am 12.08.2014 stattfinden. Eine Woche vor diesem Termin hat das Gericht diesen auf den 16.12.2014 verschoben. Ein Tag vor dem Termin erhielt die Stadt eine Abladung vom Landgericht Düsseldorf. Das Gericht hat noch keinen neuen Termin festgelegt, da es auch ein Urteil des BGH, das sich auch mit dem Thema Derivate beschäftigt, abwarten will.

Herr Sarrach weist darauf hin, dass der weitere begleitende Verfahrensweg durch die Stadtverordneten festgelegt werden sollte.

In diesem Zusammenhang wird noch einmal über die Art und Weise und Möglichkeiten der Fragestellungen der Abgeordneten an die Verwaltung diskutiert. Speziell geht es um die per Email durch Herrn Rudolph über den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses an die Verwaltung gestellten Fragen. Auf die Beantwortung hat Herr Rudolph einen Anspruch.

Ein weiteres Diskussionsthema ist die Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Ausschüssen.

Hierzu lädt Herr Sachse, als Vorsitzender des Hauptausschusses, Herrn Rausch als Vertreter des Rechnungsprüfungsausschusses zur nächsten Hauptausschusssitzung am 21.01.2015 ein.

Herr Dr. Fehse informiert die Ausschussmitglieder über die Weiterführung des Kassenkredites in CHF (siehe letzte RP-Ausschusssitzung). Dieser wurde zunächst für einen Monat verlängert und anschließend für drei Monate.

Über die lange Laufzeit wird intensiv diskutiert. Herr Rudolph weist darauf hin, dass die Abgeordneten nicht, wie es auf der letzten Ausschusssitzung versprochen wurde, auf der STVV am 11.12.2014 über das Ergebnis der Ausschreibung informiert wurden.

Der Kämmerer hebt noch einmal hervor, dass die Schweizer Nationalbank mit Beschluss vom 06.09.2011 den Franken an den EURO gekoppelt hat, der Kurs 1 EURO gleich 1,20 CHF ist und sich an dieser Konstellation auch in nächster Zukunft nichts ändern wird.

Herr Hoffrichter schlägt die langfristige Beobachtung der Entwicklung vor.

## **TOP 8      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Apitz fragt nach der Möglichkeit eines etappenweisen Ausstieges aus dem CHF-Kassengeschäft an.

Hierzu berichtet Herr Dr. Fehse, dass zurzeit und auch in naher Zukunft dieser Kassenkredit notwendig ist und eine Ablösung somit nicht zwingend erforderlich wird.

Herr Rudolph kritisiert nochmals die lange Laufzeit dieses Geschäftes.

Herr Rausch mahnt in diesem Zusammenhang die Beantwortung der Anfragen von Herrn Rudolph an die Verwaltung an.

Durch die Verwaltung wird geprüft, inwieweit dies im öffentlichen Teil erfolgen kann.

## **TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden beendet.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 11.02.2015 statt.

Die Niederschrift umfasst vier Seiten.

Sebastian Rausch

Barbara Scharf

---

Vorsitzender

Schriftführerin